

Deshalb also sind die öffentlichen Räume unserer Städte so wichtig: weil sie Kontaktzonen und Bühnen unterschiedlicher Alltage und Lebensstile bilden, aber eben auch Labore des Politischen und Aushandlungsräume von Gemeinsamkeiten wie Differenzen. Öffentliche Räume aber kosten Geld – und zwar nicht wenig. Dafür ist es dann auch eine strategische Investition in die Zukunft. Denn – das zeigt die Stadtentwicklung heute – der Markt allein »richtet« es eben nicht. Er verhindert vor allem nicht Spekulation und Gentrifizierung auf Kosten urbaner Raum- und Lebensqualität. Das erreichen im besten Falle gemeinsam kluge Politik und aktive Zivilgesellschaft. Sonst entstehen jene Reichen-, Touristen- und Seniorenfestungen, wie sie heute bereits viele Innenstädte von Paris bis Moskau prägen. Und wir tun gut daran, diesbezüglich auch uns selbst gegenüber kritisch zu sein. Denn auch unsere eigenen Anforderungen an die Stadt tragen oft kräftig zu ihrer Gentrifizierung bei: Kein Coffee to go und kein veganer Imbiss, keine studentische WG und keine Dachterrassenwohnung darf sich da unschuldig wähen.

»Stadtluft macht frei«, lautete der Wahlspruch in Zeiten der Feudalgesellschaft. Um diese Freiheit zu schützen und zu erhalten, bauten die Städte um sich herum feste Mauern. Zukünftig brauchen wir im Gegenteil möglichst wenige Mauern um und in der Stadt, um die Stadtluft frei und offen zu halten. Wir brauchen umgekehrt möglichst viel öffentlichen und freien Raum, der als die »soziale Lunge« der Stadt wirkt. Und wir müssen uns einig darüber sein, dass, wer ihn verengt oder beschädigt, unserer neu erwachten Zivilgesellschaft in den Städten den Atem nimmt.



Wolfgang Kaschuba

ist Professor für Europäische Ethnologie und Geschäftsführender Direktor des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin; Vorstandsmitglied der Deutschen UNESCO-Kommission.

kaschuba@kaschuba.com

Svenja Marie Linnemann

#(nicht)meinnachbar!?

Im Frühjahr dieses Jahres hat der stellvertretende AfD-Vorsitzende Alexander Gauland in einem Interview über den Zuzug von Menschen aus anderen Kulturkreisen gegenüber den Redakteuren der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* die Ansicht geäußert, dass viele Menschen Jérôme Boateng, den verdienten Spieler der deutschen Fußballnationalmannschaft und Fußballer des Jahres 2016, zwar als Fußballspieler gut fänden, »aber sie wollen einen Boateng nicht als Nachbarn haben«. Der daraufhin folgende mediale Aufschrei und die Reaktionen in den sozialen Medien schienen eindeutig: Sowohl der Deutsche Fußball-Bund, Medien und Politik, die Nachbarschaft von Boateng und viele andere Menschen in Deutschland, egal welcher Herkunft, distanzierten sich vehement von der Aussage Gaulands. Schlussendlich stellte sich heraus, dass viele lieber einen Jérôme Boateng als einen Alexander Gauland in der Nachbarschaft haben wollen. Daraufhin versuchten Gauland und weitere Ver-

treter/innen der AfD eine Klarstellung aus ihrer Sicht, dass es gar nicht um die Person Boateng ginge, sondern darum, dass viele Menschen Angst vor der sogenannten Überfremdung ihrer Nachbarschaft hätten, welche ihrer Ansicht nach die Folge des Zuzugs vieler Menschen, insbesondere Geflüchteter, aus anderen Kulturkreisen sei.

Globale Krisenherde führen seit ein paar Jahren deutschlandweit und insbesondere in den urbanen Ballungszentren wie Berlin erstmalig wieder zu schnell steigenden Flüchtlingszahlen und dabei wiederholt zur kurzfristigen Errichtung von Flüchtlingsunterkünften in Nachbarschaften mit ganz unterschiedlicher Sozialstruktur und multiplen Erfahrungen im Umgang mit kultureller Vielfalt. Tatsächlich ist mit dem vermehrten Zuzug von Geflüchteten etwas ans Tageslicht gekommen, das mehr als böse Erinnerungen an die gewalttätigen und fremdenfeindlichen Ausschreitungen gegen Asylunterkünfte (z.B. in Rostock-Lichtenhagen) in den 90er Jahren in Erinnerung ruft: Denn nie zuvor gab es in Deutschland mehr gewalttätige Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte als im Jahr 2015. Vielerorts gab und gibt es zudem immer wieder Demonstrationen von sogenannten »besorgten Bürgern«, die gegen Flüchtlingsunterkünfte in der Nachbarschaft demonstrieren, während sich andernorts Willkommensinitiativen gründen und Feste gefeiert werden, um die neuen Nachbarinnen und Nachbarn willkommen zu heißen.

Aber wie kommt es eigentlich zu solch unterschiedlichen Reaktionen? Die Teilnahme an Protesten gegen die Aufnahme von Geflüchteten und deren Unterbringung in der eigenen Nachbarschaft wird häufig auf eine Verunsicherung von Anwohnenden zurückgeführt, die einer falschen Informationspolitik in Form fehlender und gar falscher Informationen zu der Unterkunft und der dort lebenden Menschen geschuldet ist und zudem auf eine diffuse Angst vor dem Neuen und Fremden zurückgeht. Wissenschaftliche Arbeiten legen dabei eine ganze Reihe von Faktoren zugrunde, welche die Akzeptanz von Geflüchteten selbst, sowie von Flüchtlings(not)- und Asylunterkünften beeinflussen: Neben demografischen Merkmalen, dem sozioökonomischen Status, der individuellen politischen Ausrichtung, dem generellen Kontakt zu Menschen aus anderen Kulturkreisen oder zu Geflüchteten, der Größe der Flüchtlingsunterkunft und Individualmerkmalen der Geflüchteten (Familienstand, Herkunft etc.) unterstreichen die Ergebnisse dieser Studien insbesondere auch die Relevanz von (frühzeitigen) Informationsmaßnahmen für die Akzeptanz. Hier liegt die weitverbreitete Annahme zugrunde, dass mehr (proaktive) Informationen für die Nachbarschaft im Rahmen der Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften das Potenzial besäßen, deren Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen und damit zumindest die Grundlage für eine friedliche Koexistenz zu schaffen. Offen bleibt dabei allerdings, ob die angebotenen Informationsmaßnahmen, z.B. in Form von Aushängen, Informationsabenden, Pressemitteilungen von Bezirksämtern oder gezielten Informationen in Lokalmedien auch tatsächlich in die Nachbarschaft hineinwirken. Oder anders gefragt: Wer wird durch diese Informationsmaßnahmen überhaupt erreicht und wer eben nicht?

Ein aktives Mitglied einer Berliner Willkommensinitiative, welches selbst gut in der Nachbarschaft verankert ist, hat diesbezüglich einmal die Annahme geäußert, dass

selbst die lokalen und speziell an die Nachbarschaft gerichteten Informationsmaßnahmen meist nur die »üblichen Verdächtigen« erreichten bzw. vorrangig diejenigen ansprechen, die sich ohnehin schon interessieren und einbringen. Bezüglich anderer Gruppen bzw. Einrichtungen, wie zum Beispiel traditionelle Kiezkiepen und deren Stammpublikum, das häufig wenig durchmischt ist und meist keinen Migrationshintergrund hat, besteht hingegen die Annahme, dass die dort anzutreffenden Personen im Hinblick auf das Thema Geflüchtete in der Nachbarschaft eher desinteressiert seien und dort Stammtischparolen und fremdenfeindliche Einstellungen vorherrschen und es aus diesem Grund meist gar keinen Sinn mache, diesen Personenkreis anzusprechen. Und tatsächlich überlegt man sich wohl ganz genau, wen man zuerst informiert und mit ins Boot holt, wenn in der Nachbarschaft eine neue Unterkunft für geflüchtete Menschen eingerichtet wird. Als vorrangige Ansprechpersonen erscheinen dabei Initiativen, Vereine, Einzelpersonen und sonstige Multiplikatoren aus der Nachbarschaft, die sich potenziell für geflüchtete Menschen einsetzen und weniger diejenigen, die Geflüchteten in der Nachbarschaft gegenüber negativ eingestellt sind. Dies erscheint jedoch als Widerspruch in sich selbst, denn Ziel sollte ja sein, durch (lokale) Informationsmaßnahmen und ein gegenseitiges Kennenlernen, bestehende Vorurteile auch bei jenen abzubauen, deren Einstellungen gegenüber Geflüchteten vorrangig auf vereinfachenden und verallgemeinernden Darstellungen und Stereotypen beruhen, wie sie häufig in der massenmedialen Darstellung zum Tragen kommen. Genauso kontraintuitiv erscheint die Tatsache, dass besonders in den Regionen die Angst vor Überfremdung und die Vorurteile gegenüber Geflüchteten am größten sind, in denen man noch nie einem geflüchteten Menschen begegnet ist. Tatsächlich sind es aber genau dieser fehlende persönliche Kontakt und die fehlende subjektive Erfahrung, die einige Menschen auf gängige Stereotype zurückgreifen lassen. Und wer kennt das nicht von sich selbst, dass man das Bild, welches man sich manchmal allzu schnell von seinem Gegenüber macht, revidiert, wenn man diese Person erst einmal persönlich kennenlernt.

Persönlicher Kontakt baut Vorurteile ab

Die sogenannte Kontakthypothese stellt genau diesen Zusammenhang her, indem sie davon ausgeht, dass der persönliche Kontakt Unwissenheit und Vorurteile abbaut und ihnen eigene Erfahrungen entgegenstellt. Manchmal reicht es sogar aus, wenn eine indirekte Kontakterfahrung vorhanden ist, sprich, wenn zum Beispiel die Nachbarn, eine Kollegin oder der beste Freund als Multiplikatoren fungieren und von positiven Kontakterfahrungen mit Geflüchteten berichtet. Kritiker dieses Ansatzes geben dabei zu bedenken, dass der erste persönliche Eindruck bzw. der persönliche Kontakt mit anderen Menschen nicht immer eine positive Erfahrung sein muss, sondern Negativerfahrungen durchaus zur Verstärkung von Vorurteilen führen können. Bei allen Erzählungen und Berichten anderer Personen und unterschiedlichen persönlichen Kontakterfahrungen bleibt deshalb immer zu beachten, dass man diese singulären Erfahrungen nie auf eine ganze Gruppe beziehen sollte. Gerade die Geflüchteten, die in Gemeinschafts- und Massenunterkünften untergebracht werden, sind, was ihre Herkunft, ihren Glauben und ihre subjektiven Erfahrungen und

Schicksale angeht, genauso verschieden, wie auch alle anderen nebenan Wohnende für sich selbst einzigartig sind. Natürlich gehört auf beiden Seiten, sei es bei den Alteingesessenen oder bei den Geflüchteten, eine gehörige Portion Aufgeschlossenheit und der Wille dazu, offen aufeinander zuzugehen und sich tatsächlich persönlich kennenzulernen. Die zahlreichen Willkommens- und Nachbarschaftsinitiativen und alle weiteren Projekte für und mit Geflüchteten, die in den letzten Jahren deutschlandweit entstanden sind, bieten eine gute Plattform dafür. Darüber hinaus erleichtert auch die dezentrale Unterbringung Geflüchteter in Wohnungen den Kontakt zur Nachbarschaft, während Massenunterkünfte häufig als bedrohlich empfunden werden. Auch wenn persönliche Kontakterfahrungen als Optimum zum Abbau von Vorurteilen erscheinen, so braucht es zusätzlich gezielte Informationsmaßnahmen an Nachbarschaftsorten, denen bisher weniger Beachtung geschenkt wurde und in denen die Stimmung gegenüber Geflüchteten weniger positiv ist. *Information matters* gilt nämlich insbesondere dann, wenn es sich um faktenbasierte und auf Einzelschicksalen beruhende Erzählungen anstelle von Breiteninformationen handelt und diese gezielt an jene Menschen herangetragen werden, deren Haltung vornehmlich auf vagen Informationen, Stereotypen und diffusen Ängsten basiert und an denen Informationsmaßnahmen sonst meistens vorbeigehen.

Angesichts der Bilder von Willkommensinitiativen für Geflüchtete und Initiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte in der Nachbarschaft stellt sich aber noch eine viel grundlegendere Frage, nämlich die, was heutzutage überhaupt noch unter Nachbarschaft zu verstehen ist? Für viele Menschen scheint der Kiez, in dem sie ihre Wohnung und ihren Schlafplatz haben, ein anderer zu sein als der, in dem sie arbeiten, ihre Freizeit verbringen und ihren Lebensmittelpunkt haben. Zusammen an einem Ort zu wohnen heißt daher häufig schon lange nicht mehr, dass auch eine soziale Nähe bzw. über den gemeinsamen Wohnort hinausgehende Gemeinsamkeit besteht. Manchmal lebt man gar über Jahre hinweg Tür an Tür und weiß trotzdem nichts voneinander, weshalb sich Nachbarschaft nicht selten auf räumliche Nähe und das Zusammenleben im selben Kiez herunterbrechen lässt. Entgegen der Negativprognose, dass der Zuzug von Geflüchteten zu mehr Entfremdung in Nachbarschaften führt, bringen viele Willkommens- und Nachbarschaftsinitiativen tatsächlich aber nicht nur Alteingesessene und Geflüchtete zusammen, sondern auch jene, die über Jahre nebeneinander wohnen, ohne sich zu kennen und die dann im Rahmen von Willkommensfesten und beim gemeinsamen Engagement für Geflüchtete zusammen treffen. Damit besteht im Zuzug von Geflüchteten auch die Chance, dass Nachbarschaften wieder enger zusammenwachsen. Letztlich ist aber wohl entscheidend, was die Menschen im Kiez aus dieser neuen Situation machen.



Svenja Marie Linnemann

studiert Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

linnemas@cms.hu-berlin.de